



Foto: privat

Mehmet Sahin

Die Wende in der seit zwei Jahrhunderten blutenden kurdischen Wunde?

Den folgenden Beitrag von Mehmet Sahin, Geschäftsführer des renommierten „Dialog-Kreises“ um Andreas Buro (Koordinator), haben wir ausgewählt als Diskussionsanregung zur Frage der Zukunft der Kurden im Irak. Neuere Berichte, etwa von Jochen Hippler in der FR am 27.4.2004, berichten von zunehmender Selbstständigkeit des kurdischen Landesteils, gerade wegen der chaotischen Zustände im übrigen Irak, aber auch wegen der Angst der Kurden, durch ein Bündnis von Schiiten und Sunniten im Irak an den Rand gedrängt zu werden. In diesem Beitrag wird eine konföderative Lösung angedacht, die einzig wohl ein Auseinanderbrechen mit allen gefährlichen Konsequenzen für die Region verhindern kann. Die Red.



Bilder kurdischer Flüchtlinge gehören hoffentlich auf Dauer der Vergangenheit an.
Foto: KNA

Das Gesicht des Nahen Ostens verändert sich

Schon jetzt ist sicher, dass der alte Nahe Osten nicht so wie bis jetzt bleiben kann. Dessen Vorwehen sind in einigen Ländern der Region zu verzeichnen. In den nächsten 5-10 Jahren wird sich das Gesicht des Nahen Ostens ändern. Es wird nicht mehr lange dauern bis ein besserer, menschenrechtlicherer und demokratischer Naher Osten sich entwickelt.

Weder die schiitischen Ayatollahs im Iran und die Petrodollarscheichs in den Golfstaaten, noch doppelzüngige Politiker wie z.B. in der „laizistischen“ Türkei, in der etwa 80.000 Moscheen, über 10.000 Koran-Schulen und 200.000 Imame mit den Steuergeldern auch der nicht muslimischen Bevölkerungsteile, finanziert werden, sowie in deren Schulen der sunnitische Islam als Pflichtfach unterrichtet wird, können das Rad der Geschichte rückwärts drehen und den Vormarsch der Werte der Menschlichkeit – Demokratisierung, Par-

tizipation und Vielfaltigkeit – stoppen.

Welche Zukunftsperspektiven öffnen sich den Kurden?

Die Kurden im Irak haben sich nach Ende des 2. Golfkriegs im Jahre 1991 eine in vieler Hinsicht funktionierende Selbstverwaltung aufgebaut, de facto einen nicht deklarierten Staat mit einem gewählten Parlament und einer Regierung, mit einem Sicherheits- und Justizapparat, und einem intakten Gesundheits- und Bildungssystem.

Jetzt, nach dem Sturz der Saddam-Diktatur, nach der Befreiung der übrigen Teile des kurdischen Gebiets im Irak, wie Kirkuk und Mosul, Xaneqin und Mendeli, bestehen neue Chancen und Perspektiven für Kurden und ihre Zukunft. Bis Mitte April 2003 waren Kurden und Kurdistan nur noch von fremden Unterdrückern umgeben. Weder über die Türkei und den Iran, noch über den Irak und Syrien hatten die Kurden ein Fenster, eine Millimeter breite Öffnung zur Außenwelt. Alle Wege führten, auch ohne es zu wollen, über die Hauptstädte der auf die Kurden Gewalt anwendenden Staaten. Auch aus dieser Notsituation heraus waren die Kurden immer wieder darauf angewiesen, mit den Unterdrückern ihrer Geschwister jenseits der Grenze zu kooperieren, oftmals zum Nachteil der kurdischen Interessen insgesamt. Diese „Kooperation“, manchmal auch Kollaboration, beeinflusste und bestimmte auch die Politik der kurdischen Parteien und verursachte blutige innerkurdische Auseinandersetzungen. Mit den aktuellen Veränderungen im Nahen Osten geht auch diese Ära zu Ende. Kurdische

Parteien können ihre Politik jetzt frei gestalten und ihre Kontakte untereinander auch öffentlich intensivieren.

Die Kurden im Irak haben für ihre Freiheit und für die Befreiung ihres Landes Kurdistan unter dem Joch der irakischen Herrscher einen sehr hohen Preis gezahlt. Sie werden sich nicht bereit erklären, dass man sie abermals ihrer Freiheit beraubt und wieder in die Dunkelheit der Unterdrückung versperrt. Sie sind bereit, einen neuen demokratischen, pluralistischen und föderativen Irak mitzugestalten. All ihre Möglichkeiten bieten sie zur Erfüllung dieses Zwecks an.

Ob der de facto aus drei Teilen – schiitischer Teil im Süden, sunnitisches Dreieck in der Mitte und kurdischer Teil im Norden – und mindestens aus gleich vielen Interessen bestehende Irak zusammenhält, hängt von der Befriedung, Toleranz und der gegenseitigen Akzeptanz dieser Gruppen ab, die in vielen Punkten entgegengesetzte Interessen verfolgen.

Mesud Barzani, Vorsitzender der Demokratischen Partei Kurdistan, unterstrich anlässlich des 11-jährigen Bestehens des Parlaments in Kurdistan am 9. Juni 2003 dieses Ziel und sagte, „wenn die neue Verfassung den Kurden gestatte, dass sie föderal regiert werden und dass gegen Kurdistan keine Feindseligkeiten auftreten, werden Kurden mit ihrer freien Einwilligung mit den Arabern zusammenleben. Wenn aber die neue Verfassung den Kurden nicht gerecht wird, wird Kurdistan keinen Teil des vereinten Iraks bilden und die kurdischen Peshmergas nicht der irakischen Armee angehören.“

Übersetzt kann man sagen, dass die Kurden

im Irak sich zwei gleichgestellte Bundesstaaten, ähnlich wie in Kanada, Bosnien-Herzegowina oder Belgien vorstellen. Wenn dieser Wunsch aber nicht erfüllt wird, lassen sie sich die Option eines unabhängigen Kurdenstaates offen.

Entweder ist man bereit, in einer neuen demokratischen und pluralistischen Staatsform zusammenzuleben, oder man nimmt die Teilung des Iraks in Kauf; das ist die logische Schlussfolgerung.

Eines steht aber schon jetzt fest: Es wird den alten Irak nicht mehr geben. Weder Schiiten noch die Kurden werden sich mit der alten zentralistischen Herrschaftsform einer sunnitischen Minderheit einverstanden erklären.

Neue Chancen für das Verhältnis von Türken und Kurden

In der Türkei wird es auch nicht lange dauern, bis die im Zuge des EU-Prozesses auf dem Papier eingeleiteten Reformschritte in die Tat umgesetzt werden. Deswegen kann man sagen, dass die Türkei sich nach den Veränderungen im Irak und im Nahen Osten der Lösung der Kurdenfrage nicht mehr entziehen kann. Sowohl die positiven als auch die negativen Entwicklungen im Irak und Irakisch-Kurdistan werden sich auch auf die Türkei auswirken. Daher ist es höchste Zeit, dass die demokratische Öffentlichkeit und die Friedens- und Menschenrechtsbewegung sich für die gemeinsamen Werte der Menschheit auch in dieser Ecke der Welt engagieren und stark machen. Solange die grenzüberschreitende Kurdenfrage in den Staaten – Türkei, Iran, Irak und Syrien – ungelöst bleibt, werden auch diese Staaten instabil bleiben und ein Konfliktpotenzial beherbergen. ■

Mehmet Sahin ist Geschäftsführer des „Dialog-Kreises Türken und Kurden“ mit Sitz in Köln.



Sehr geehrte Redaktion,

danke für die Erinnerung an Lissy Schmidt auf der Umschlagrückseite. Ich hatte als Auslandsseelsorger in Istanbul das Glück mit Lissy Schmidt oft beisammen zu sein, weil sie mir die türkische Sprache zusammen mit einem kurdischen Lehrer vermittelt hat und wir uns regelmäßig trafen im Pfarrhaus in Nisantasi-Istanbul. Lissy Schmidt war eine aufrichtige und mutige Frau, die sich viel Ansehen bei kurdischen und türkischen Freunden im Südosten der Türkei erworben hat.

Zum Thema: Umzug nach Berlin.

Ist nicht nötig, wenn die Zentrale gute Arbeit leistet. Wer allerdings Macht und Einfluss sucht, der soll nach Berlin. Aber hat das PAX CHRISTI nötig? Der Einfluss, den wir brauchen und die Macht, die PAX CHRISTI braucht, wird uns nicht durch die Anwesenheit in Berlin verliehen. Eher verlieren sich dort die „Maßgebenden“ im Mittelmaß und in der Masse.

Hans Hammer, Straßkirchen

Stellungnahme des Forum Menschenrechte zum EU-Beitritt der Türkei

Im Mittelpunkt der Diskussionen um eine Aufnahme der Türkei in die EU muss nach Auffassung des Forums Menschenrechte immer noch die unzureichende Beachtung der Menschenrechte stehen. Trotz weitreichender Gesetzesänderungen fehlen immer noch wirksame Schritte, um das Verbot der Folter in der Praxis umzusetzen. Auch die Freiheit für politische Meinungsäußerungen wird nach wie vor als zu gering eingeschätzt. Andererseits habe der EU-Beitrittsprozess in der Türkei eine positive Dynamik hinsichtlich des Menschenrechtsschutzes und einer Demokratisierung der türkischen Gesellschaft ausgelöst. Das Forum Menschenrechte plädiert daher dafür, der Türkei weiterhin eine Perspektive für den EU-Beitritt zu geben. In der von der CDU vorgeschlagenen privilegierten Partnerschaft sieht das Forum keine positiven Ansatzpunkte für die Durchsetzung der Menschenrechte. (Presseerklärung vom 23.04.2004) ●



Service

17. - 22. Juli 2004

Menschenrechts-Bildungsreise nach Genf

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs tagt in Genf die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen. Ziel der Bildungsreise ist es, sich vor Ort über die Arbeit zum Schutz der Menschenrechte zu informieren. Gleichzeitig sollen Handlungs- und Lobbymöglichkeiten aufgezeigt werden. Die Fahrt ist eine gemeinsame Veranstaltung der Missionszentrale der Franziskaner und Franciscans International/Genf. Englische Sprachkenntnisse sind erwünscht. Anmeldung:

Missionszentrale der Franziskaner, Stefan Herbst, Albertus-Magnus-Str. 39, 53177 Bonn, Tel. 0228-95354-20, Fax 0228-95354-40, E-mail: Herbst@missionszentrale.de